

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

8. Mai 2017
1 von 3

Erstellung eines sicherheitspolitischen Konzeptes

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.18.481 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

~~Der Magistrat wird gebeten, zum Themenkomplex „Sicherheit im öffentlichen Raum in Kassel“ ein nachhaltiges und umfassendes Sicherheitskonzept dem Ausschuss zur Umsetzung vorzulegen. Hierbei gilt es insbesondere Folgendes zu beachten:~~

Verfahren

Bei der Erarbeitung eines strukturellen Sicherheitskonzeptes sind das Ordnungsamt, das Polizeipräsidium Nordhessen, der Präventionsrat, die Drogenberatung Nordhessen, die City-Kaufleute aktiv in die Erstellung des Konzepts mit einzubeziehen, um einen umfassenden Blick auf die Sicherheitslage und folglich auf ein nachhaltiges Sicherheitskonzept zu erhalten.

1. Videoüberwachung

Um eine effiziente Gefahrenabwehr sicherzustellen und um der subjektiven Verunsicherung zu begegnen, fordern wir den Magistrat auf, mit den Landesbehörden ein Konzept für eine Videoüberwachung in den feststellbaren Zonen verminderter Sicherheit zu entwickeln, wobei auch eine aktive 1:1 live Kameraüberwachung mit ~~einbezogen geprüft~~ werden soll.

2. Personalpräsenz

Personenkontrollen durch die zuständigen Ordnungsbehörden werden bereits in den in Rede stehenden Bereichen durchgeführt. Dabei werden die Kontrollen nicht raumbezogen, sondern personenbezogen durchgeführt, d.h. Verdrängungsmechanismen wird vorgebeugt, indem verdächtige Personen aktiv beobachtet, d.h. auch zu anderen Stellen, verfolgt werden.

3. Erfolgreicher Kasseler Dreiklang Trinkraum, Sozialarbeit und Kontrolle

Der öffentliche Raum gehört allen Bürgerinnen und Bürgern. Auch kranke und sozial auffällige Menschen haben ein Recht auf Aufenthalt im öffentlichen Raum. Dieses Recht endet dort, wo andere Bürgerinnen und Bürger belästigt und in ihren Rechten beeinträchtigt werden. Weitere Alkoholverbotzonen lehnen wir ab, da sie auch rechtlich nicht durchzusetzen sind. Ebenso lehnen wir Maßnahmen mit vertreibendem Effekt ab. Diese verlagern das Problem nur aus der Innenstadt in die Randbereiche der Innenstadt und die Stadtteile, ohne den betroffenen Menschen wirkliche Hilfe zu bieten.

Wir stehen weiterhin für einen Dreiklang bestehend aus der Bereitstellung des Trinkraums als Treffpunkt, dem Einsatz von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und den Kontrollen des Ordnungsamtes. Die Notwendigkeit des Einsatzes von Sozialarbeit in der „Trinkerszene“ ist als Ergänzung zur ordnungsrechtlichen Arbeit unumgänglich und muss daher Bestandteil aller Bemühungen bei der Bekämpfung der Probleme an einschlägigen Treffpunkten in der Stadt sein.

Wir unterstützen daher das Plädoyer der Drogenhilfe für mehr Sozialarbeit in diesem Bereich. Ziel der aufsuchenden Sozialarbeit ist es, den Menschen Unterstützung anzubieten und ihnen Hilfsangebote zu vermitteln. Ein großes Problem für diese entwurzelten Personen sind das Alleinsein und die Perspektivlosigkeit. Ein wichtiger Schritt ist die Hilfestellung bei der Erarbeitung einer Tagesstruktur. Daher ist es nötig, die kurzfristige Einführung von Beschäftigungsprojekten zu prüfen. Wir begrüßen darüber hinaus die Vereinbarung von Regeln, die die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit den Alkoholkranken getroffen haben.

4. Mehr öffentlicher Sicherheit mit mehr Polizei

~~Öffentliche Sicherheit ist in den letzten Jahren erheblich durch die sinkende Personalstärke der Landespolizei und der Bundespolizei beeinträchtigt worden. Auch die Polizeibehörden sind erheblich von Einsparungen in den Haushalten von Land und Bund betroffen gewesen.~~ Polizeiliche Präsenz im öffentlichen Raum ist das wirksame Mittel der Wahl, um öffentliche Sicherheit zu garantieren. Der Magistrat wird beauftragt, gegenüber Land und Bund auf angemessene personelle und sachliche Ausstattung in Kassel zu drängen. Dazu gehört auch, dass Landespolizei und Bundespolizei insgesamt ihren wachsenden Aufgaben entsprechend personell und sachlich ausgestattet werden, **insbesondere auch die Personaleinsparungen der letzten Jahre ausgeglichen werden. Wir fordern das Land auf, in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückzukehren, die Besoldung der Polizeibeamtinnen und -beamten wie auch aller anderen**

~~Beamten des Landes, der Besoldung in den anderen Bundesländern
anzugleichen, dies gilt auch für die Arbeitszeiten.~~

3 von 3

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, Stadtverordnete Ernst,
Stadtverordnete Dr. Janusch

Ablehnung: Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten, Stadtverordneter Burmeister,
Stadtverordneter Nölke

Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion betr. Erstellung eines
sicherheitspolitischen Konzeptes, 101.18.481, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin